

Saale-Beitung.

Ständebestimmter Jahrgang.

Bezugspreis... für Halle... für Berlin...

Anzeigen... werden die Geschäftsstellen... Reichsanstalt...

Nr. 157.

Halle a. S., Sonntag, den 2. April.

1911.

Eine Kundgebung der Unduldsamkeit.

So nennt mit Recht die „Köln. Ztg.“ den Beschluß der Landtagskommission, wonach der erste grundlegende Paragraph des Gesetzesentwurfs über die Feuerbestattung verworfen werden soll.

drehungskünfte, die diese Befechter von Glaubensinteressen mit ihrem Gewissen ausgleichen mögen. Eine unmittelbare Verlegung liegt schon in dem Vorschlag, die Bestattung durch Feuerwerfen als „Leichenverbrennung“ zu bezeichnen.

Freilich ist der Kreis der Anhänger der Feuerbestattung noch verhältnismäßig gering. Er wächst aber stetig, wie die Zahl der Einschlägen in Deutschland außerhalb Preußens unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen beweist.

fest, daß das deutsche Volk durch den Weizenzoll 1909 bedroht wurde mit 236 Millionen, davon 165 Millionen zugunsten der Großgrundbesitzer, und beim Roggen ist es noch schlimmer.

Abg. Dertel (nrl.) erregt den Schicksalstrahl dringend um Änderung der Abmachung zur Zollabfertigung.

Abg. Rämpf (Sp.): Wenn wirklich 40 Millionen Ueberflüssig sind, so soll man die schlimmsten Steuern der Finanzreform beseitigen, die Hundwurststeuer und den Schafschmelz.

Auch wenn man die Berechtigung des Einwandens, daß die Erdbestattung einer uralten christlichen Sitte entpfehle, voll anerkennet, so kann man meines Dafürhaltens doch nur den Schluß daraus ziehen, daß die gebotene Rücksichtnahme auf diese kirchliche Sitte und Empfinden weiter Volkstreu der Staatsregierung die Verpflichtung auferlegt, dafür Sorge zu tragen, daß unter allen Umständen die Feuerbestattung in den Fällen ausgeschlossen sein muß, in denen sie den religiösen Anschauungen, den Wünschen und dem Willen des Verstorbenen widerspricht.

Besser kann man es nicht ausdrücken, daß in religiösen und ethischen Dingen auch die Rechte der Minderheit von den staatlichen Gewaltent geachtet werden müssen.

Deutscher Reichstag.

161. Sitzung vom Sonnabend, 1. April.

Am Bundesratspräsidenten: Hermann, Reichsrat, v. Ribbenstein-Wächter, v. Köster, Rühl.

Präsident Graf Schwerin-Wönsy eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Der Eintr der Jälle und Steuern.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Arendt (Rp.). Zum Schluß und zur Förderung der heimischen Steinindustrie, insbesondere der Siliciumindustrie, beantragt beim Handelsvertrag mit Schweden eine Resolution der Reichsregierung.

Abg. Engel (Str.) befragt die Minister über die Resolution, die die Reichsregierung im Hinblick auf die Steuerfrage erlassen hat.

Abg. Engel (Str.) befragt die Minister über die Resolution, die die Reichsregierung im Hinblick auf die Steuerfrage erlassen hat.

Zuwachssteuer

muß den Landesbehörden vorbehalten bleiben. Die zehn Prozent, die den einzelnen Bundesstaaten zufließen sollen, gelten als Entschädigung für die Verwahrung und Erhebung der Steuer.

Abg. Dr. Breda (wirtsch. Vgg.) spricht im Sinne von Dr. Brunnermann über den Pfälzersteuergesetz und erklärt, daß die wirtschaftliche Bereinigung, wenn diese nicht eingeführt wird, den Handelsvertrag mit Schweden ablehnen würde.

Abg. Graef (Rp.): Ueber das Freihandelsvertrag der Volkspartei, über das Herr Führmann merkwürdigerweise nichts weiß, wird das Volk sein Urteil fällen.

Abg. Graf Kanitz (kon.): Man verbreitet jetzt die Ansicht, daß die Reichsregierung sich zum Schluß begeben hätte. Der Unterschied zwischen Freihand und Nationalliberalen, meinte der nationalliberale Generalsekretär für Steuern, bestehe darin, daß die Freihändler den Schutzzoll als notwendiges Übel hinnehmen, die Nationalliberalen aus den Schutzzöllen unangelegene Segnungen herauslesen.

Abg. Graf Kanitz (kon.): Man verbreitet jetzt die Ansicht, daß die Reichsregierung sich zum Schluß begeben hätte. Der Unterschied zwischen Freihand und Nationalliberalen, meinte der nationalliberale Generalsekretär für Steuern, bestehe darin, daß die Freihändler den Schutzzoll als notwendiges Übel hinnehmen, die Nationalliberalen aus den Schutzzöllen unangelegene Segnungen herauslesen.



Deutsches Reich.

Die Norddeutsche über die Kanzlerrede.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich in ihrem Wochenbild mit der Kanzlerrede in folgender Weise: „Der Reichstag hat es für Deutschland abgelehnt, den anderen Großmächten ein Programm für die Einführung der Abrüstungen vorzulegen. Er hält es nicht für möglich, ein solches Programm auszuarbeiten und durchzuführen. Die Gründe, die er dafür angeführt hat, sind von fester Seite widerlegt worden. Die vom Reichstag angenommene Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei scheint gleichwohl wenig auf nicht die Unmöglichkeit, so doch die ungewissen Schwierigkeiten anzuerkennen, welche der Aufstellung eines solchen Programms entgegenstehen. Sie verlangt deshalb nur, daß Deutschland über ein Programm, das etwa andere Mächte aufstellen sollten, verhandeln möge. Schiedsgerichte in Deutschland, wie der Reichstag ausgeführt hat, nicht ablehnend gegenüber. Es hat im Gegenteil den Abschluß von Schiedsverträgen gefordert. Das wird es auch ferner tun. Aber auch hier wird es der praktischen Friedenspolitik dienen, wenn es der Schiedsprechung nicht die unumgängliche Aufgabe zusehrt, über die Unabhängigkeit, Ehre und Existenz der Staaten zu entscheiden, sondern hat zu überlegen, Rechtsverhältnisse der Schiedsprechung unterstellt. Konform mit dieser Anschauung hat die Kaiserliche Regierung von England vorgeschlagenen Nachtrittenanträgen über die Schiffbauten akzeptiert. Das bedeutet die Befriedigung über eine konkrete Frage, die ganz im Rahmen der von den Regierungen beider Länder vorgeschlagenen Vorgänge offener und vertrauensvoller gegenseitiger Beziehungen liegt. Eine Bindung der beiderseitigen Streitkräfte liegt darin nicht, es soll nur Überlegungen vorgezogen werden, die Paniken und als deren Folge kampfhaftes Verrücken hervorrufen könnten.“

Gewiß im Innlande wie im Auslande hat die Presse in ihrer übernehmenden Mehrheit diese Grundgedanken der Rede des Reichskanzlers als zutreffend erkannt und gewürdigt. Nur eine Minderzahl erblickt in ihnen Tendenzen, welche der friedlichen Entwicklung des Völkerverkehrs widerstreiten. Es verlohnt sich der Mühe, ihnen im einzelnen entgegenzutreten. Sie werden häufig widerlegt durch die Politik, die Deutschland seit 40 Jahren führt und auch fernerhin führen wird.“

Das Revirement in der preussischen Verwaltung.

Das Revirement in der inneren preussischen Verwaltung, das infolge einiger Vakaturen (zu denen das Abtrittsbesuch des Bräutigams der Oberregierungskammer, Wirklichen Geheimen Rates v. Magdeburg u. v. d. Hagen und der Regierungspräsidenten v. Bötticher in Hannover) notwendig geworden ist, wird, wie die „Neue Ges. Kor.“ hört, höchstlich von der Beendigung der Frühjahrsreise des Kaisers, also vielleicht erst im Juni zu erwarten sein.

Nach dieser Korrespondenz fällt man, trotz des neulichen Demontis, in untrübseligen Kreisen den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, v. Hagele, für den Nachfolger des Herrn v. Magdeburg. Ob an die Stelle des Herrn v. d. Hagen der Wirkliche Geheimreitergutsrat Lufsenst, der älteste vortragende Rat der Abteilung, an deren Spitze Herr v. d. Hagen stand, treten oder vielleicht ein Regierungspräsident auf diesen Posten berufen werden wird, scheint noch nicht festzulegen. Auch das der Potsdamer Regierungspräsident v. Schumacher als Oberpräsident von Magdeburg gehen und durch den Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow ersetzt werden soll, nimmt man als richtig an.

Man nennt als Nachfolger des Herrn v. Jagow den Breslauer Polizeipräsidenten v. Oppen, der als ehemaliger Landrat des Kreises Oberbarnim mit den Verhältnissen der Reichshauptstadt vertraut ist.

Die Budgetkommission des Reichstags.

Die Budgetkommission des Reichstags hielt am Sonnabend ihre hundertste Sitzung in der laufenden Tagung ab. Es wurden Mitteilungen des Staatssekretärs Dr. v. Windthorst über die Verwendung von 8000 Mark zur Förderung sozialer und subventionärer Kulturen in der Provinz gegeben. Ferner ist ursprünglich in Aussicht genommene der Reichshauptstadt zu entnehmende Summe von 100 000 Mark auf 200 000 Mark erhöht wurde, dann keine folgender Verteilungslinien realisiert werden: Neu-Guinea 10 000 Mark, Samoa 20 000 Mark, Logo 25 000 Mark, Kamerun 35 000 Mark, Ostafrika 110 000 Mark.

Ein Zentrummitglied regt an, auch den Missionen ein entsprechendes Quantum Kasi zur Verfügung zu stellen. Die Verträge müßten sich natürlich auf eine Reihe von Jahren erstrecken.

Der Staatssekretär stimmte der Anregung zu. Auf Anfrage sagte er noch bei, Südwestafrika habe selbst fallirende Kassen. Gemäß sei die Förderung der Wohlthatigkeit im Auge zu behalten, allein für die Viehweiden müßten in der Hauptstadt Verträge mit verschiedenen Transportern gemacht werden, für die übrigen Schutzgebiete können die verpflichtenden Transportverträge, besonders aber Baumwolle, in Betracht. Auch die Anpflanzung von Tabak solle versucht werden.

Das Ehrenwort des Barons de Mathies.

Vor 14 Tagen veröffentlichte das „Neue Jahrhundert“: Baron de Mathies, der den König von Sachsen als Duodezisten verhöhnt hat, habe auf Ehrenwort versichert, daß er auch nicht die geringste Meinung von Rom bekommen habe, dem König von Sachsen gegenüber etwas gutzumachen. In seiner letzten Nummer erklärt das „Neue Jahrhundert“ wörtlich: „Monfrone Mathies schweigt zu unserer Mitteilung über die Art seiner Genugtuung an den König von Sachsen. Er ist auch nicht auf die offizielle Erklärung des „Dresdener Journals“, die nur die zwei Möglichkeiten überläßt, daß entweder die von uns erwähnte Meinung an den dritten Herrn v. o. r. den tatsächlich (aufolge dem „Dresdener Journal“) von Rom befohlen und von Mathies ausgeführten Widerruf falle, oder daß ihm sein Gedächtnis im Stiche gelassen“.

Patentanwaltbüro Sack
 Patent-Anwalter
 3ng. O. Sack
 Dr.-Ing. F. Spielmann, LEIPZIG.

ländlicher Wertpapier. Ein Resolution Graf Kanti (konj.) verlangt die möglichst baldige Vorlage einer Börsennotiz zur Einführung einer für alle deutschen Börsen zutreffenden Zentralausstellung. Eine Resolution der Sozialdemokraten verlangt im Anschluß hieran, daß der Reichstag dem Reichstage alljährlich Bericht über die Tätigkeit der Zentralausstellungen erstatten soll. Eine Resolution der Nationalisten (Rassmann) fordert in einem Antragstadium hinsichtlich weitere Mittel, um die Unterbringung der durch das Tabakerzeugnis arbeitslos gewordenen oder durch Einschränkung der Betriebe gefährdeten Ausgewanderten und Arbeiter des Tabakgewerbes zum 15. August 1911 fortführen zu können. Die Sozialdemokraten beantragen, hierfür in den Hauptetat eine Million einzuflechten und daneben weitere 400 000 Mark zu beifügen an Arbeiter, die infolge des Zindwaren-Produktionsrückgangs arbeitslos geworden sind.

× Staatssekretär Hermann: Um den Zindwarenarbeitern zu helfen, muß der Hebel bei der Industrie angelegt werden. Es sind nicht Arbeiter entlassen, aber sie haben andere lohnende Beschäftigung gefunden. Der Industrie können wir helfen, wenn wir die Eingehiltsliste fördern. Für die Tabakarbeiter wahren vier Millionen von vornherein vorgefunden, dreierlei Millionen hat der Reichstag dazu beigesteuert. Ich habe noch weitere zwei Millionen aus dem Dispositionsfonds verwendet; mehr auszugeben, wäre unbedeutend. Wir haben Vertreter der Tabakindustrie zugezogen und sie waren mit der Art der Entschädigung einverstanden. In besonderen Fällen wollen wir gern helfen, aber ein ganz neuer Anfang wäre verfehlt und auch unzulässig.

× Abg. Geyer (nfr.): Es besteht wirklich Not unter den Tabakarbeitern; wenn in einigen Gebieten die Verhältnisse wieder normal sind, so ist die Not an anderer Stelle um so größer. Die Abg. Geyer (Konj.) und Weg (Konj.) sprechen für die sozialdemokratische, die Abg. Dr. Seifert (Konj.) und Schmidt-Altenburg (Konj.) für die nationalliberale Resolution, Abg. von Nitschke (Konj.) gegen alle.

Die Resolution der Nationalliberalen wird angenommen, die der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Etat des Reichshauptamts wird erledigt, ebenso der der Reichshof, und der ganze Etat in zweiter Lesung.

Montag 11 Uhr: Dritte Lesung des Etats. Schluß 8 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung, Sonnabend, 1. April, 12 Uhr.

Im Ministerrath: v. Dallwitz.

Dritte Lesung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Münster.

× Abg. Dr. Dieckhoff (Konj.) wiederholt seine Behauptung aus der zweiten Lesung, daß das Gesetz ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterschaft sei.

× Abg. Wersinger (Konj.) befreit sich mit Entschiedenheit. Die Bergarbeiterschaft sei mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf durchaus einverstanden.

× Abg. Dr. Dieckhoff (Konj.) widerspricht dem Abg. Wersinger. Der Entwurf sei ein Gesetz an die Grundbesitzer. Die christlichen Gewerkschaften fallen den freien Gewerkschaften in den Rücken.

× Abg. Juchacz (Konj.): Dem Abg. Dieckhoff fehlt jedes Verständnis für die christlichen Gewerkschaften.

Der Entwurf wird angenommen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über den Erwerb von Fischereiberechtigungen durch den Staat und das Aufgehoben von Fischereiberechtigungen.

× Staatssekretär v. Coels von der Brüggen: Bei den großen bevorstehenden Wasserbauten ist eine Regelung der Fischereiverhältnisse dringend notwendig. Das geltende Recht gibt nicht die nötige Unterlage, um das Eigentum an Fischereiberechtigungen für den Staat sicherzustellen. Der vorliegende Gesetzesentwurf soll die Möglichkeit schaffen, die Fischereiberechtigungen als solche ohne Erwerb der Grundstücke als besondere Rechte auf den Etat zu übertragen. Nachträglich angemeldete Fischereiberechtigungen sollen ausgeschlossen werden.

× Abg. Weismann (Konj.) erkennt die Notwendigkeit der Regelung dieser Materie an und beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Die Abg. Dinslage (Konj.), Schwabach (nfr.), Bilde (nfr.) und Dr. Schupp (Konj.) schließen sich dem an.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs einer Regeordnung für Dispreuzen.

× Staatssekretär v. Coels von der Brüggen: Es soll ein modernes Wegerecht für Dispreuzen geschaffen werden auf der Grundlage des kommunalen Prinzip und annehmend an die Wegerechte für Sachsen, Westpreußen und Polen. Insbesondere sollen die Wegebaukosten zu öffentlich-rechtlichen gemacht werden unter Abziehung der Nebenverpflichtungen. Die Hoheitsrechte des Staates sollen aufrechterhalten, dagegen die übrigen Nebenverpflichtungen und Nebenrechte auf dem Gebiete der Wegerechte beseitigt werden.

× Abg. Baumeier (Konj.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

× Abg. Lütz-Bühnen (nfr.) begrüßt den Entwurf, der allerdings manche Bestimmungen enthält, die über den Rahmen eines Provinzialgesetzes hinausgehen und die für die ganze Monarchie geregelt werden sollten.

× Abg. Dr. Schupp (Konj.) stimmt der Vorlage zu und beantragt, daß in sieben Provinzen noch keine einheitliche Wegeordnung besteht.

× Staatssekretär v. Coels von der Brüggen stellt ein neues Wegerecht für Rheinland und Westfalen in Aussicht. Ein einheitliches Wegerecht für die ganze Monarchie sei aber nicht beschäftigt.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Änderung des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen von 1838.

Minister v. Breitenbach erläutert die Vorlage. Diese soll die Rechtsverhältnisse zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Anliegern neu regeln. Dieser sei nicht genügend Gelegenheit zur Geltendmachung öffentlicher und privater Interessen gegeben, da der Eisenbahndirektor bei Differenzen als oberer Instanz entscheidet. Jetzt soll nun der Bezirksausschuß bei solchen Differenzen gutachtlich gehört werden.

× Abg. Dr. Wulke (Konj.) stimmt der Vorlage im Prinzip zu. Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Nächste Sitzung Montag, 12 Uhr: Akt der heutigen Tagesordnung, keine Vorlagen und Petitionen. Schluß gegen 4 Uhr.

× Abg. Vogel (nfr.) erklärt die Zustimmung auch seiner Parteifreunde zu den Wasserrechtsverordnungen.

× Abg. Dr. Barenhoff (Konj.): Seit vielen Jahren bemüht man sich, eine Vereinheitlichung der Zolltarife zu bewerkstelligen. Es wäre hoch an der Zeit, dieser mühsamen Aufgabe jetzt ernstlich näher zu treten. Die Zindhölzindustrie befindet sich in einer schweren Lage, die durch die enorme Verengung vor dem Ansetzen der Zindhölzindustrie verursacht ist. (Hört, hört! links.) Es wurde behauptet, daß eine Novelle zu dem Zindwarenvergesetz ausgearbeitet werden soll. Ich bitte um Auskunft, ob das richtig ist und eventuell, wie weit die Arbeiten an dieser Novelle gediehen sind.

× Abg. Dr. Dajewski (Konj.): Der Bundesrat sollte ernstlich von seinen Vollmachten zugunsten der kleinen Brenner Gebrauch machen. Hinsichtlich des Zolles für Wasserzölle können wir nicht warten, bis der Handelsvertrag mit Schweden kommt. Dann wäre es zu spät. Auch die Arbeiter müßten dringend den Zoll auf Wasserzölle. Es besteht sonst die große Gefahr einer schweren Schädigung des Wasserzöls.

× Abg. Stolle (Konj.) spricht ebenfalls über die Benachteiligung der kleinen Brenner.

× Abg. Wenz (Konj.) nimmt ebenfalls die Interessen der Wasserzölle in Betracht und fordert einen erweiterten Zollschutz für die Mittelhölzindustrie.

× Abg. Liebenberg (Konj.): Fürchten Sie nicht, daß auch ich mit Steinherzen komme. (Heiterkeit.) Der Redner spricht über Zollunterstützungen bei der Einfuhr stark mehlsähtiger Mele.

× Abg. Kämpf (Konj.) wendet sich nochmals gegen den Scheitelpunkt.

Damit schließt die Diskussion. Die drei Wasserzölle Resolutionen werden angenommen.

Bei der
 Staatsminister
 weiß Innenminister Sahn die sozialdemokratischen Behauptungen zurück, daß die Interessen der kleinen Brenner abhöflich benachteiligt würden.

× Bei der Braunkohle führt Abg. Dr. Witz (Konj.) Beschwerden über die Höhe der Uebertragungsgebühren, die gerade für Eisenbahnen allzu drückend sind.

× Abg. Sped (Konj.): Der Vorstand hat nicht im Namen der Zentrumsfraktion gesprochen. (Hört, hört!) Ich bin um so mehr erfreut über seine Ausnahmestellung, als ja jetzt gerade das Reichsland mit den übrigen Teilen des Reiches gleichgestellt werden will.

× Abg. Dr. Bohnke (Konj.): Das kam aus bayerischen Herzen. (Zuruf: Werbergen, Werbergen!) Norddeutschland sollte ebenso gehandelt werden, wie Süddeutschland.

× Abg. Gieseler (Konj.): Gleiches Recht für alle! Die Wagen haben alle Rechte mit der Uebertragungsgebühren zu sein. Bei der Reichspolizeiangelegenheit wird über die Resolution Graf Wenz, betreffend die Talonsteuer von ausländischen Wertpapieren verhandelt.

× Abg. Sped (Konj.) erklärt seine Zustimmung.

× Abg. Graf Wenz (Konj.) begründet die Resolution. Die Banken leben jetzt an den erneuerten Talon an einen ausländischen Bankier, der sich den erneuerten Zinsen imtempore einhängen läßt und an die deutsche Bank zurücksendet. Der Redner glaubt bei der Geringfügigkeit der Talonsteuer nicht, daß die von ihm beantragte Maßnahme demüthigen würde, daß die Inhaber der Effekten ihre Zinsen im Auslande werden liegen lassen. Den Staatssekretär aber werden fünf neue Millionen ganz hinreichend sein, die die nötige Erneuerung der ausländischen Papiere meist befähigt werden.

× Staatssekretär Hermann: Auf die Frage, ob eine Erhebung des Gesetzes angezeigt ist, will ich mich angeht, ist der sehr schwer wiegenden wirtschaftlichen Interessen, die von beiden Seiten geltend gemacht werden, nicht entziehen, sondern nur erklären, daß nach meiner Ansicht eine Veränderung der Ausführungsbestimmungen nicht gut am Platze ist. Der Staatssekretär bemerkt auf eine Anfrage, daß dem Bundesrat die erstellte Aufmerksamkeitszusammenstellung vorgelegt wurde.

× Abg. Kämpf (Konj.) spricht gegen die Resolution, sie würde die deutschen Papiere ins Ausland treiben. Schon jetzt bemühen sich die ausländischen Bankiers um die deutsche Kundschafft.

× Abg. Dr. Seifert (Konj.): Mit dem Bundesratwerden wird es erst dann besser werden, wenn der Staat auf den Totalfaktor verzichtet. Die schmerzliche Lage des Reichs ist schon zu einer Vorkriegszeit geworden. Alle menschenwürdigen vor das Schicksal getrieben. Der Sport ist verpöht. Um diese schmerzlichen Nebenverpflichtungen des Sports sollte sich Herr von Jagow nicht kümmern, als um die freie Volkshilfe.

× Abg. Dretz (nfr.) spricht gegen die Resolution Wenz.

× Abg. v. Bieberstein (Konj.): Den Antrag und die Auswüchse beim Bundesrat werden erhalte ich an. Den Totalfaktor brauchen wir im Interesse der Landesprodukt. Die Ueberstände werden auch nach Abschaffung des Totalfaktors nicht verschwinden. Die Resolution Wenz wird gegen die Bitte angenommen. Als Entzug der Zundsteuer sind 13 Millionen Mark eingeleitet.

× Abg. Dr. Neumann-Hofer (Konj.) hält diese Schätzung für viel zu niedrig.

× Staatssekretär Hermann: Heute tritt die Zundsteuer in Kraft. Da ich den ganzen Tag hier war, habe ich noch keine Erfahrungen über ihre Wirkung sammeln können. (Heiterkeit.) Die Schätzung für das erste Jahr beruht auf Mutmaßungen. Ob es gerade 13 Millionen werden, weiß ich wirklich nicht, aber zu gering wird die Schätzung nicht ausfallen.

Bei der Erbschaftsteuer führt
 × Abg. Lehmann-Jena (b. l. B.) Beschwerde über zu hohe Steuerentlastungen in Weimar. Diese Zustimmungen zeigen, was die Reile mit der Erbschaftsteuer geht.

× Abg. Göttsch (Konj.): Das gehört in den Weimarschen Landtag. Herr Lehmann gehört zum Bund der Landwirte, der früher über die Erbschaftsteuer anders dachte als jetzt. Der Redner fordert die Befreiung der Tuberkulose-Gesellschaften von der Schenkungssteuer. Wie läßt es sich mit den Schenkungen der Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte an den Bund? Ist dafür Schenkungssteuer bezahlt?

× Staatssekretär Hermann: Tatsächlich gehört die Beschwerde des Herrn Lehmann vor die Landesinstanzen. Der von Göttsch vorgebrachte Fall ist eine reine Staatsangelegenheit. Log es in der Ansicht der Parteien, eine Gegenleistung herbeizuführen, so würde eine steuerrechtliche Schenkung nicht vorliegen. Ich will mich bis zur dritten Lesung informieren.

× Abg. v. Bieberstein (Konj.): Wir werden bei der dritten Lesung auf die Sache zurückkommen.

× Abg. Wessberg (Konj.) fordert eine Statistik über die Höhe der Steuern überhaupt und pro Kopf.

Der Etat für das Reichshauptamt.
 Hierzu liegen drei Resolutionen vor über die Zulassung aus-

Technikum Bingen
 Maschinenbau, Elektrotechnik,
 Automobilbau, Brückenbau.

haben müße. Die Angelegenheit ist dunkel. Daß Mathies die Versicherung zu getan hat, wie wir berichteten, ist sicher. Weis einige Zeitungen, besonders Horvats, ihre Zweifel auf die Tatsache legen, daß wir keinen Namen nannten, schon wir uns genügt, zu erklären, daß Mathies die betreffende Versicherung einem sehr bekannten und beliebten Schmecker, Herr Doktor, Schiffschiffel und Kanonikus gegenüber gemacht hat. Es wäre zu wünschen, daß Herr Mathies über sein tatsächliches Verhalten Klarheit schafft!

Sint und jeht.

M. p. Einen Beweis dafür, wie erheblich die Anforderungen an das Ausbildungspersonal, an Offiziere und Unteroffiziere, seit der Einführung der einjährigen Dienstzeit geblieben sind, bietet die stark erhöhte Zahl der zu den Übungen des Heerlaubtenstandes eingezogenen Mannschaften der 7. Infanterie. Während im Etatsjahr 1893/94 nur rund 120 000 Mann eingezogen waren, sind nach den soeben ausgegebenen Bestimmungen der Heeresverordnung für die Monate vom 1. April 1911 ab allein bei den preussischen Armeekorps über 270 000 Mann der Infanterie und der Jäger zu Übungen einberufen worden.

Parlamentarisches.

L. C. Die Beschlüsse der Kommission für die eisenbahntechnische Beschäftigungsgesetz, die gestern gefaßt wurden, sind so liberal, daß übertriebener Optimismus dazu führen würde, um zu glauben, daß die Vorlage, wenn überhaupt, mit allen diesen Bestimmungen Gesetz werden könnte. Es handelt sich um die Festlegung des Wahlrechts. Für die Reichslage ist in der Kommission das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fast ohne jede Einschränkung beschlossen worden. Ein enormer Fortschritt! Aber allerdings nur in der Kommission und auch dort nur vorläufig.

Kleine vermischte Nachrichten.

In der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Dellbrück abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde der Vorlage, betreffend Grundzüge für die Festlegung der Beteiligungsziffern der Kaiserreichsbesitzer, die Zustimmung erteilt. Mit der Überweisung der Vorlage betreffend Prägung von fünf Millionen in 1 Pfund und zwanzig Pfennigstücken und der Vorlage, betreffend Gesetz von 25 Geleitarten in Preußen am 23. September 1910 abgeschlossene Verhandlungen über das Gesetz, an die zuständigen Ausschüsse erklärte sich die Reichsregierung einverstanden. Ein Artikel der sächsischen Bezirksverbände deutscher Metallindustrieller wurde in einer Versammlung von Vorstandsmitgliedern der drei großen sächsischen Bezirksverbände des deutschen Metallindustriellenverbandes genehmigt. Die Gründung, welche die dem Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller angehörenden Bezirksverbände Chemnitz, Dresden und Leipzig umfaßt, wurde durch die Metallarbeiterausperrung in Chemnitz veranlaßt und hat vor allem den Zweck, Metallarbeitertreits in Sachsen gemeinsam abzuwehren zu können.

Hagenbeck in Berlin. Dem „B. Z.“ zufolge besteht in sehr einflussreichen Kreisen die Absicht, dem Kaiser ein Projekt zu unterbreiten, wonach der Hamburger Firma Hagenbeck transatlantisches Terrain bei Berlin zur Errichtung eines Tierparks zur Verfügung gestellt werden soll. Die Verwirklichung dieses Projekts würde natürlich eine Konkurrenz zu den Zoologischen Gärten in sich schließen.

Bei dem konföderativen Vorstoß gegen den Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg im Herrenhaus in Sachen der Gewährung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen wird Graf Botho zu Eulenburg der Sprecher der Konföderativen sein.

Ausland.

Staubrechtlich erschossen.

Der Schritt, den die Witwe des Oberleutnants von Schlichting tat, um die Begnadigung des Mörders ihres Gatten zu erwirken, konnte keinen Erfolg haben. Nach mehrmaligen Versuchen mußte sie sich in bezüglichen Fällen dem Verlangen nach Gnade beugen und ergeben. Wenn die durch die Ermordung eines Fremdenmitglieders am schwersten Betroffenen den Ruf nach Begnadigung erheben, so hat der Kaiser auf diesen Ruf zu hören. Wenn es diesmal nicht geschah, so ist der Sultan von dem Gehörten ausgegangen, daß Frau v. Schlichting wohl hart betroffen wurde, daß aber über ihre Person und ihr Leid hinaus die deutsche Nation gekränkt worden ist. Deshalb konnte aus den persönlichen Wünschen der Witwe in diesem Falle keine Rücksicht genommen werden. Ueber die letzte Szene in dem Drama wird aus Konstantinopel gemeldet:

Konstantinopel, 1. April. Die Exekution des Mörders Reijuf wurde heute vor dem verarmten Regiment des Erschossenen von zwölf Albanesischen Soldaten, und zwar eigenen Landsleuten des Täters, ausgeführt. Von deutschen Inspektionsoffizieren waren die Oberleutnants Witt und Sauer anwesend. Fünf Schuß durchbohrten das Herz des Mörders. Oberleutnant Witt sowie die türkischen Priester fragten den Mörder nach im letzten Augenblicke, ob er es bereue, seinen unglücklichen Kommandeur erschossen zu haben. „Nein“, war die kurze und ruhige Antwort des Mörders.

Der „Lanin“ publiziert einen rührenden Brief, in dem die Subalternoffiziere des Indiarregiments ihre Liebe und Verehrung für ihren ermordeten Kommandanten bekunden: „Schlichting zeigte uns unsere Fehler, und wir verhehlten sie nach besten Kräften; wir wollten unter ihm ein Mutterregiment werden. Schlichting sah alles und sorgte für alles. Da er nicht türkisch konnte, verhehlerte er uns durch Handbewegungen; wo er Gutes sah, lobte er gern und freute sich herzlich. Er liebte uns. Ein niederträchtiger Schurke hat ihn gemordet, wir erklären unseren Abscheu über die Schmach, die auf unsere Arme fällt.“

tiger Schurke hat ihn gemordet, wir erklären unseren Abscheu über die Schmach, die auf unsere Arme fällt.“

Ministerkreiß in Spanien.

Madrid, 1. April. Die Ferrer-Debatte hat in Heereskreisen große Erregung hervorgerufen. Es ist möglich, daß das ganze Kabinett infolge dessen zurücktritt. Der Ministererrat soll sich heute oder morgen darüber beschließen werden.

Die Ferrer-Debatte in den Korries hat die liberale Regierung in eine sehr schwierige Lage gebracht. Aus den Reden der Minister ist klar zu sehen, daß im Interesse der Erhaltung des konföderativen Liberalen Bundes der Thule, daß das Militärgericht in Barcelona geschworen gehandelt habe, nicht zu weit entgegenkommen. Andererseits können die Minister, wenn sie auf formell auf diesem Standpunkt stehen — und auch die Rücksicht auf die erregte Stimmung im Offizierskorps zwingt sie hierzu — nicht die Partei Maurras gegen die Liberalen ergreifen. Und auch die Liberalen sind natürlich gleich den Republikanern überzeugt, daß von den Ministern Maurra und Caceres die Zurückführung Ferrers aus politischen Gründen betrieben wurde. Diese Zurückführung brachte Canalas zu einer Fassung, die ihm und dem ganzen Kabinett gefährlich geworden ist.

Kämpfe in der Mongolei.

Aus Petersburg wird berichtet: Nach Meldungen aus Chabhin haben gegen 2000 Mongolen chinesische Dörfer in der Mongolei überfallen und zerstört. Der Gouverneur von Jizihar hat zur Bestrafung der Schuldigen 300 Reiter und 200 Mann Infanterie entsandt. Die Abteilung nahm die Räubersführer gefangen, wurde dann aber von 3000 Mongolen überfallen und geschlagen. Die Chinesen verloren 100 Mann.

Kleine Tagesnachrichten.

„Viribus unitis.“ Kaiser Franz Josef hat bestimmt, daß das erste im Bau befindliche Schloß in Prag zu spanischstämmigen Namen den Namen „Viribus unitis“ erhalte und am 24. Juni vom Stapel gelassen werde.

Verweigerte Telegrammüberlieferung. Aus London wird gemeldet: Der deutsche Ingenieur Dampfenheim von der „Union der Mines Marocaines“ telegraphiert aus Mekko, daß die spanischen Behörden sich weigern, seine geschäftlichen Briefe Telegramme zu befördern; dadurch werde seine Tätigkeit nutzlos.

Die englische Expedition nach Persien. Aus London wird gemeldet: Das Ziel der Expedition, die von Indien gegen den Waffenschmuggel an der persischen Küste entsandt wird, ist nicht der eigentliche Persische Golf, sondern die am Golf von Oman gelegene Küste von Perisich-Belutschistan.

Kunst und Wissenschaft.

Imn Code Martin Greifs

medel man aus München: Der Heise des Dichters, der Konfessante Erlennmeter aus München, weilt bei dem Sterbenden. Von Kuffen wird die Leiche zur Beerdigung nach Jangberg, einem kleinen Orte bei Amping, nördlich von München, gebracht. Von einer Karosse des Güterverkehrsgebiets, löst sich absehbend von Gartenanlagen und Waldungen, schaut Jangberg hinaus auf das Schlachtfeld, die Ebene von Amping, wo am 28. Dezember 1322 Ludwig der Bayer seinen Gegenkönig Friedrich den Schönen von Oesterreich besiegte. Die Schlacht von Amping hat Martin Greiff seinem ihm am teuersten Drama „Ludwig der Bayer“ zugrunde gelegt. War es die Tragik im Dichtersleben Martin Greiff, daß er sich für einen Dramatiker hielt, während er ein feiner, himmungsvooller Lyriker war, so liegt eine ruhende Konsequenz darin, daß sein Grab hinaus schauen wird auf die Stätte, die seine Dichterseele so ganz erfüllt hat.

Martin Greiffs Alterswunsch.

Was der jetzt verstorbene Dichter sich für sein Alter wünschte, hat er selbst einmal in schönen Versen ausgesprochen: Nicht des Alters Lust, Natur, Sollst du deinem Geiste erparren, Eine Günst' gewähre ihm nur, Wenn er wert, sie zu erfragen: Sorge, daß ein Liebertraum, Was zuletzt sein Haupt umfliegt, Wann im Mai der Lieberbaum sich verjüngt in Blüten wiegt.

30,000 Dollar-Stiftung.

Aus Madison wird gemeldet: Bei einem zur Erinnerung an Karl Schurz veranstalteten Feste schickten die Bürger von Milwaukee einen Fonds von 30 000 Dollar für eine Austauschproffessur zwischen der Universität von Wisconsin und einer deutschen Universität.

Ein amerikanischer Austauschproffessor für Berlin. Der Proffessor der Pathologie an der Harvard-Universität, Theobald Smith, ist, wie aus Boston gemeldet wird, zum Austauschproffessor an die Berliner Universität ernannt worden.

Letzte Nachrichten.

v. Salichtings Begräbnis.

H. Konstantinopel, 1. April. Die Leichenfeier für den ermordeten Oberleutnant v. Schlichting gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung, wie sie die türkische Hauptstadt noch nie gesehen hat. Der Zug vom deutschen Hospital zum Friedhof war von Hunderttausenden umfüllt. Inanterieregimenter bildeten Geleite. Im Auftrage des Sultans nahm Prinz Abdul Halim an dem Begräbnis teil. Dem Zuge folgten die Minister, die Generalität, Deputierten der Kammer und der Armee, Vertreter der fremdländischen Kriegsschiffe, die Diplomatie, Offiziere und Mannschaften. A. J. J. Lütichau hielt eine stimmungsvolle Rede. Der Sarg war über und über mit Blumen türkischer Frauen bedeckt.

Vorläufer der Abdankung

des Präsidenten Diaz.

Newport, 1. April. Die Rebellen mühten wegen Mangels an Munition ihre Position bei Ures aufgeben. Die Umrufen haben sich jetzt auch auf die Hauptstadt ausgebreitet. Zwischen den Aufständischen und der Landmiliz kam es zu Zusammenstößen. — Rafael Choussif, der Privatsekretär Perisich Diaz, hat sich von Mexiko nach der Hafenstadt Veracruz begeben, um sich hier nach Deutschland einzuschiffen. Er hatte 25 Jahre hindurch seinen Urlaub Choussif begleitet von Urebe, dem besten Beamten der merikanischen Geheimpolizei. In Washington nimmt man allgemein an, daß die Reise der Vorläufer der Abdankung Diaz' sei. Man glaubt, daß Diaz nach seiner Abdankung nach Europa reisen werde und Choussif die nötigen Vorbereitungen dazu treffen lasse. Angeblich hat dieser auch die Juwelen und die zahlreichen Orden Diaz' im geheimen mitgenommen.

Eine italienische Flotendemonstration?

Rom, 1. April. Aufsehen erregt die Absicht des Abg. Galli, den Minister des Auswärtigen in der Kammer zu interpellieren, ob, wie es wünschenswert sei, Schritte zum Schutz italienischer Interessen an die albanische Küste nach Stutari und Saloniki entbunden werden sollen. — Die Regierung erklärt, daß ihr von Anmerkungsverleihen italienischer Freiwilliger nach Albanien nichts bekannt sei. Jeder Versuch würde energig unterdrückt werden.

Imn Code verurteilt.

Frankfurt a. M., 1. April. (Privat-Telegramm.) Der Zeugnisdirektor Müller aus Hanau, der leinzeitig seine Geliebte erschoss, wurde vom Oberkriegsgericht als Verurteilungssinstanz zum Tode verurteilt. (Das erste Urteil lautete wegen Totschlags auf 15 Jahre Gefängnis. Die Rev.)

Die Lage in Sez.

Paris, 1. April. Die aus Sez verspätet einlaufenden Nachrichten haben neuerdings wieder einen alarmierenden Charakter. Die Stämme der Umgebung sollen sich in heilem Aufbruch befinden, und der Sultan wird mit der Enthronung bedroht, wenn er in seiner europafreundlichen Politik beharrt.

Carl Weiß 7.

Monte Carlo, 1. April. Der Schauspieler und Theaterdirektor Carl Weiß, der in nicht ferner Zeit zu den populärsten Komikern Berlins gehörte und einem noch heute bestehenden Theater im Oden seinen Namen gegeben hat, ist im Alter von 60 Jahren gestorben.

Freigeprosen.

Bonn, 1. April. Im Bonner Kaufprozeß wurden nach achtstägigen Verhandlungen förmliche Angeklagte, der Anklagesatz und der Vorwand, freigegeben. Die Anklage lautete auf fahrlässigen Konkurs. Die Gerichtskosten, die 35 000 Mark betragen, fallen der Staatskasse zur Last.

Braunschweig, 1. April. Die beiden Offizierspiloten v. Erler und Wadenhuhn sind hier eingetroffen und landeten ohne Zwischenfall auf dem großen Exerzierplatz. Ueber die Weiterfahrt ist noch nichts bekannt.

Wien, 1. April. Ministerpräsident v. Bionerth ist an Infuenza erkrankt.

Keslik, 1. April. Wegen der Unruhen in Albanien ist die Reise des Sultans in Frage gestellt. — Die hiesigen Truppen erhielten den Befehl, sich marschbereit zu halten. Alle Offiziere wurden einberufen.

Beitrag: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel, Eugen Brinmann; für Ausland und Legie Nachrichten: Karl Reiner; für Kunst, Vermischtes usw.: Martin Feuchtmayer; für den Interaktienteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Ritter Pianoorte-Fabrik Grossh. Sächs. Hof-Lieferant Halle a./S. Flügel solideste Arbeit grösste Zonsschönheit unübertroffene Preiswürdigkeit Pianos

